

Zeitbericht

Die heiligen Stätten in Palästina — Islam und Kommunismus in China — Der Kampf um Asien — Rußlands Schwächen — Die Sahara als wirtschaftliches Zukunftsland? — Frankreichs Lebenskraft — „Bauplätze des Kardinals“ — Ein „Mindszenty-Prozeß“ in der Slowakei — Kirche und Kino — Film-Selbstkontrolle — Der Rotary-Club — Kranke, Ärzte und Therapeuten

Die heiligen Stätten in Palästina. Wir werden durch die Ereignisse in Ostasien und unsere eigene Unsicherheit hier in Europa so beansprucht, daß es uns vielleicht gar nicht oder nur am Rande bewußt geworden ist, was die wenigen Zeitungsnotizen über die gegenwärtige Lage im Heiligen Lande zu bedeuten haben. Umreißen wir kurz die Entwicklung der letzten Jahre.

Es war für die katholische Welt eine große Beruhigung, als am 9. Dezember 1949 die Vollversammlung der Vereinten Nationen sich mit großer Mehrheit (38 Ja, 14 Nein und 7 Enthaltungen) für ein Sonderstatut der Stadt Jerusalem und den internationalen Schutz der in Palästina zerstreuten heiligen Stätten ausgesprochen hatte. Diese Entscheidung war bereits vorher von einer besonderen politischen Kommission gebilligt und empfohlen worden (35 Jastimmen, 13 Nein und 11 Enthaltungen). Schutz der Vereinten Nationen für die heiligen Stätten und die Hauptstadt des Heiligen Landes als eigene politische Körperschaft mit internationaler Verwaltung — damit schien die Palästinafrage in Übereinstimmung mit den Wünschen und berechtigten Erwartungen der Christenheit geregelt zu sein.

Der Welt-Sicherheitsrat wurde von der Vollversammlung beauftragt, das Sonderstatut von Jerusalem, dessen erster Entwurf bereits aus dem Jahre 1947 stammte, neu durchzusehen und dann unmittelbar auszuführen. Am 13. Dezember versammelte er sich, um die Arbeit zu beginnen. Er wurde indes behindert durch das einseitige Vorgehen des Staates Israel, der ohne Rücksicht auf die Erwägungen der Vollversammlung der Vereinten Nationen einige Ministerien und Ämter in die Neustadt von Jerusalem verlegte. Durch diese Geste und durch ausdrückliche Erklärungen wurde bedeutet, daß Israel Jerusalem zur Hauptstadt machen wolle. Der Welt-Sicherheitsrat sah sich einer vollendeten Tatsache gegenüber. Er verurteilte das Vorgehen des Staates Israel als unrechtmäßig, arbeitete weiter am Sonderstatut der Stadt Jerusalem, hieß am 4. April 1950 einen letzten Entwurf gut, war aber nicht imstande, ihn durchzuführen. Transjordanien hatte auf die Einladung des Präsidenten überhaupt nicht geantwortet, Israel durch aktive Ablehnung seine Ansicht genugsam bekundet.

Was sollte nun geschehen? Bei der Gutheißung der endgültigen Fassung durch den Sicherheitsrat am 4. April 1950 hatten neun Staaten mit Ja gestimmt, zwei sich der Stimme enthalten. Diese beiden waren aber die Vereinigten Staaten und Großbritannien. Die beiden Mächte nahmen also im letzten Augenblick vom ganzen Plane Abstand. Damit fehlte ihm der notwendige Rückhalt. Denn trotz aller gegenteiligen Versicherungen ist es eben auch in diesem neuen Völkerbund der UNO so, daß die Stimmen nicht nur gezählt, sondern auch gewogen werden. Wenn die beiden angelsächsischen Weltmächte einen Plan nicht billigen, ist im Bereiche der westlichen Welt niemand mehr da, der seine Ausführung erzwingen könnte. Eigenartig muß hier die Haltung der Vereinigten Staaten berühren, die vordem die Hauptverfechter des Planes gewesen waren, Palästina in zwei unabhängige Staaten aufzuteilen und Jerusalem ein internationales Statut zu geben. Nun billigten sie zwar die Zweiteilung des Landes, aber als es um die Zustimmung zu jenen Sonderbestimmungen ging, die den Katholiken vor allem am Herzen liegen, zog sich ihr Vertreter zurück.

Durch die Ablehnung Transjordanien und Israels und durch das Verhalten der angelsächsischen Mächte ist nun alles wieder in Frage gestellt, was erreicht

zu sein schien. Der Sicherheitsrat entschied am 14. Juni 1950, nachdem er den Bericht seines Präsidenten zur Kenntnis genommen hatte, mit neun Ja- und einer Neinstimme, die ganze Frage der Internationalisierung der Heiligen Stadt an die Vollversammlung zurückverwiesen. Man könnte nun fragen, ob nicht auch eine andere Art möglich wäre, die heiligen Stätten in Palästina zu sichern. Indes dürfte dies für Jerusalem sehr schwierig sein. Wird die Stadt nicht international regiert, so ergibt sich die Lage, daß mitten durch sie eine Grenze läuft: die Altstadt wird arabisch, die Neustadt jüdisch beherrscht sein. Abgesehen von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten einer solch unnatürlichen Zerreißung würde sie dauernde Spannungen und sicher auch blutige Auseinandersetzungen zur Folge haben. Die Gefühle, die Araber und Israeliten füreinander hegen, sind ja bekannt. Für die christlichen Heiligtümer und die Sicherheit der Pilger scheint also jede andere Lösung unzulänglich zu sein. (Vgl. „La Civiltà Cattolica“, Jg. 102, Heft 2413, 6. Jan. 1951.)

Islam und Kommunismus in China. Im Januar 1950 bestellte die Chinesische Volksrepublik für den Nordwesten Chinas eine regionale Koalitionsregierung. Ihr Gebiet umfaßt fünf Provinzen: Schensi, Kansu, Ninghsia, Chinghai und Sinkiang. Die äußeren Grenzen dieser Zone stoßen an Tibet, Kaschmir (Indien), Afghanistan und die Sowjet-Union. Es kreuzen sich hier viele Interessen, vorab chinesische, sowjetrussische, aber auch panislamitische. Kaschmir, das an dieses anstoßende Pakistan und Afghanistan sind vorwiegend mohammedanisch. Das ist für die in den chinesischen Randprovinzen lebenden Anbeter Allahs und damit auch für China bedeutsam. Die Zahl der Moslems in China ist bis heute nicht genau festgestellt worden. Die Angaben schwanken zwischen 48 und 4 Millionen. Wahrscheinlich sind es rund 10 Millionen, von denen die meisten in den obengenannten fünf Provinzen leben; Sinkiang allein zählt bei einer Gesamtbevölkerung von rund 3800000 etwa 3,5 Millionen Mohammedaner. Die islamitische Bevölkerung Nordwestchinas bildet keine rassische Einheit, zerfällt vielmehr in Chinesen, Turkstämme, Mongolen und andere Volkssplitter. Außer in Sinkiang sind sie überall Minderheiten. Ihr Einheitsband ist vor allem religiös-sozial, und auch diese Einheit ist locker. Was sie seit langer Zeit anstrebten, ist weniger staatliche als vielmehr religiös-sozial-kulturelle Autonomie der einzelnen Moslemgemeinschaften. Das alte kaiserliche China hat stets versucht, sie aufzusaugen, und auch die republikanische Nationalregierung hatte wenig Verständnis für sie. Erst in den Wirren der letzten 15 Jahre wurden die Moslems umworben und zwar gleich von allen Seiten: der Nationalregierung von Nanking, den Japanern und den chinesischen Kommunisten, deren Verbindungen zur Sowjet-Union zum Teil durch die islamitischen Grenzgebiete führten. Indes war die starre politisch-soziale Denkweise der Roten unfähig, sich dem vielschichtigen Gebilde der chinesischen Islamgemeinschaft anzupassen, die nicht nur rassisch zerklüftet, sondern auch in Sekten zerspalten ist. Der Begriff nationaler Minderheit war nicht anwendbar, und für wirkliche religiöse und kulturelle Duldung hat ein richtiger Kommunist kein Verständnis. Vollends war das Klassenkampfideal den sozialen Auffassungen der Mohammedaner völlig zuwider. Diese wählten unter den drei Bewerbern — Nanking, Japan und Sowjets — das für sie geringere Übel. Japan schied aus, weil es als fremder Eroberer angesehen wurde. So fiel die Entscheidung zugunsten Nankings. Nur dort, wo die Kommunisten es durch Militärgewalt erzwingen konnten oder wo Not und Hunger keinen Ausweg ließen, wurden die Moslems Verbündete der Roten. Der volle Gegensatz zeigte sich, als nach dem Sieg über den gemeinsamen japanischen Feind der Waffenstillstand zwischen Rot- und Nationalchina sein Ende fand. Es kam öfters zu Kämpfen zwischen kommunistischen und mohammedanischen Truppen,